



Dr. Inge Grässle, MdEP, Bankvorstände Hans-Peter Weber und Ralf Baumbusch (v.l.).

Dr. Inge Grässle: Volksbanken Raiffeisenbanken sind verlässlicher Partner des Mittelstandes

Auf Einladung der VR-Bank Aalen und weiterer Volksbanken und Raiffeisenbanken aus den Kreisen Ostalb und Heidenheim referierte die Heidenheimer Europa-Abgeordnete Dr. Inge Grässle über ihre Arbeit im EU-Parlament. Im Mittelpunkt des Gesprächs, an dem elf Bankvorstände teilnahmen, stand die Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise sowie die geplanten Maßnahmen der EU zur Regulierung der Finanzmärkte. Hierbei war man sich einig, dass die Regulierungsmaßnahmen primär an den Wurzeln der Krise ansetzen müssen.

Grundsätzlich stimmten alle Teilnehmer überein, dass die geplanten Maßnahmen dem Prinzip der „Proportionalität“ entsprechen müssen. Dies bedeutet, dass große, international agierende Banken weitergehende Anforderungen erfüllen müssen als nur regional beziehungsweise national tätige Institute. Es bestand weitgehende Übereinstimmung darin, dass die Kapitalanforderungen von „Basel III“ von allen Banken umgesetzt werden. Die Vorstandsmitglieder der vertretenen Banken wiesen aber deutlich darauf hin, dass es nicht zielführend sein kann, an alle Banken die gleichen Anforderungen zu stellen. So habe sich gerade das genossenschaftliche Geschäftsmodell als am tragfähigsten erwiesen, die Genossenschaftsorganisation sei die einzige Bankengruppe gewesen, die keine staatliche Stützung in Anspruch nehmen musste.

Zusammen mit den Sparkassen seien die Genossenschaftsbanken Hauptfinanzier des gewerblichen Mittelstandes und dieser bilde wiederum das Rückgrat einer robusten deutschen Volkswirtschaft. Deshalb dürfen die am wenigsten ausfallgefährdeten Mittelstands- und Privatkundenkredite nicht mit mehr Eigen-

kapital unterlegt werden, was sie mit Krediten mit erheblich höherem Risikopotenzial gleichstellen würde. Die Bankenvorstände machten auch deutlich, dass ebenfalls die Beaufsichtigung dem Grundsatz der Proportionalität entsprechen müsse. Demnach sollten Regionalbanken durch die nationale Bankenaufsicht BaFin und international agierende Banken durch die europäische Bankenaufsicht (EBA) beaufsichtigt werden. Weiterer Schwerpunkt der Diskussion waren die Einlagensicherungssysteme. Hier bestanden die anwesenden Bankvorstände mit Vehemenz darauf, das seit über 80 Jahren funktionierende Institutssicherungssystem der Volksbanken und Raiffeisenbanken nicht auf dem europäischen Altar zu opfern. „Wenn wir hier ein vorbildliches System haben, so steht es anderen Institutsgruppen frei, sich ebenfalls ein solch tragfähiges System zu schaffen.“ Hier müsse das Prinzip der besten Idee gelten. Im Übrigen werde eine Banken-Union als Transfer- und Haftungsverbund strikt abgelehnt. Es könne nicht sein, dass deutsche VR-Banken für spanische Banken haften. Hier solle die Politik die Entschlossenheit von 17 Millionen Mitgliedern der deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken und die von 165.000 Mitarbeitern nicht unterschätzen. VR-Bank-Chef Hans-Peter Weber forderte hier nochmals mit aller Entschiedenheit, dem Prinzip der Proportionalität Rechnung zu tragen.

Dr. Grässle konnte wertvolle Anregungen aus dem Gespräch mitnehmen und lud die Bankvorstände zu einer Diskussion mit Berichterstattem des EU-Parlaments und Vertretern der EU-Kommission nach Brüssel ein.